

Sie möchten mitmachen?

Informationen anfordern

Hiermit bitte ich um weitere Informationen über die Partei DIE LINKE. in Mönchengladbach, sowie über die Satzung und die Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nachname

Vorname

e – Mail

PLZ / Wohnort

Telefon

Straße / Nr.

Bitte Einsenden an unten stehende Adresse im Impressum

Herausgeber dieser Broschüre / Impressum:

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

Kreisverband DIE LINKE. Mönchengladbach
Vorstand / V.i.S.d.P:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 979 22 43
E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Bildnachweis Original „Kasse“:
Quelle: Wikipedia; gemeinfrei (PD-LAYOUT; PD-USGOV.)

Liebe Mönchengladbacher BürgerInnen,

die Stadt Mönchengladbach ist pleite und wir BürgerInnen sollen jetzt dafür zahlen – und zwar in Form von Verzicht. Schulen und Bäder sollen geschlossen werden, Stellen in der Verwaltung, und somit im BürgerInnenservice, sollen abgebaut werden, Sportvereine sollen auf Zuwendungen verzichten und sogar noch für die Hallennutzung zahlen, ...

Die „Liste der Grausamkeiten“ ist endlos, sie ist eine Liste des kaputt Sparens. Und die Liste setzt bei jenen an, die keine Schuld an der Situation trifft – bei den BürgerInnen!

Waren sie denn schlechte BürgerInnen?

Nein! Nicht Sie haben versagt, über Jahrzehnte wurde es in Mönchengladbach versäumt, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu machen. Heutige Kosten hätten durch sinnvolle Investitionen in der Vergangenheit vermieden werden können. Und genau dafür ist es noch nicht zu spät.

Sinn der ganzen Einsparungen ist es auch nur, die „kommunale Insolvenz“ um zwei Jahre nach hinten zu verschieben. Der Haushaltsentwurf kann nicht aufzeigen, wie der Weg aus der Überschuldung ist.

Bund und Land zur Kasse bitte!

Sowohl die Ergebnisse der Haushalte 2008/09, als auch die Ansätze 2010/11 zeigen deutlich, dass der kommunale Finanzausgleich nicht den realen Bedarf deckt. So wird die Stadt Mönchengladbach durch von Bund und Land übertragenen Aufgaben weiter in die Überschuldung getrieben und ihrer örtlichen Handlungsfähigkeit beraubt.

Deswegen haben unsere Fraktion im Rat der Stadt und unsere Vertreter in den Bezirksvertretungen und Ausschüssen erklärt, dass der Haushaltsentwurf und das Haushaltssicherungskonzept in keiner Weise zustimmungsfähig ist.

DIE LINKE.

Kreisverband Mönchengladbach

Bund und Land zur Kasse bitte!



In den jetzigen Haushaltsberatungen der Stadt wird völlig übersehen, wo die Schulden her kommen. Deswegen brauchen wir eine wehrhafte Stadt, die Bund und Land in die Verantwortung nimmt. Doch auch vor Ort müssen wir mit einer nachhaltigen Politik reagieren.

Mönchengladbach
eine Stadt für uns!

Juni 2010

original sozial
www.die-linke-mg.de



Der Haushalt ist abzulehnen!

Vorrangig muss die Stadt auf eine nachhaltige Haushaltspolitik umstellen. Nur so können teure Folgekosten in der Zukunft vermieden werden und die Lebensqualität langfristig gesichert und ausgebaut werden.

Helmut Schaper: „Nur wer jetzt sinnvoll investiert, wird dauerhaft sparen. Nehmen wir den Bereich der Jugend: Was wir jetzt in Kitas, Schulen und offene Jugendsozialarbeit investieren, sparen wir schon in wenigen Jahren bei den um ein vielfaches teureren Heimunterbringungen ein. Ganz zu schweigen davon, dass es schon ein Gebot der Vernunft ist, unseren Kindern einen erfolgreichen Übergang ins Erwachsenenleben zu sichern.“



Einen weiteren Ansatz der Nachhaltigkeit sieht DIE LINKE. in der Stadtplanung gerade im Bereich Verkehr. Es zeigt sich ja gerade nach diesem Winter, wie teuer das unökologische Straßennetz ist. Schon jetzt reichen die Gelder nicht aus, um die Schlaglöcher zu beseitigen. Wenn die Verwaltungsangebote in den Stadtteilen aufrecht erhalten bleiben, werden die Wege kürzer und es wird Verkehr reduziert. Wenn gleichzeitig der ÖPNV gestärkt wird, und das eben nicht für Borussia Heimspiele alle zwei Wochen, sondern dauerhaft, dann müssen die Straßen weniger Belastungen aushalten und das Verkehrschaos gehört der Vergangenheit an. Nicht nur die Kosten für den Straßenbau und deren Instandhaltung sinken, gleichzeitig sinkt die Lärm und Schadstoffbelastung in der Stadt. Diese Steigerung der Lebensqualität werden die BürgerInnen schnell wahrnehmen.

Für DIE LINKE. zeigt sich die fehlende Nachhaltigkeit auch beim geplanten Stellenabbau. Im Ver-

gleich zu anderen Kommunen hat Mönchengladbach mit 18,7% Personalaufwendungen einen geringen bis durchschnittlichen Anteil an Personalkosten.

Helmut Schaper: „Was wir jetzt an Stellen einsparen führt nur zu einer weiteren Arbeitsverdichtung und somit schnell zu schlechteren Arbeitsergebnissen und höheren Krankenständen. Das werden die BürgerInnen schnell im BürgerInnenservice merken und die Stadt spart letztlich keinen Cent. Wo Stellen tatsächlich nicht mehr benötigt werden, müssen sie umgeschichtet werden. Schon jetzt staut sich die Arbeit in vielen Bereichen.“

Schuldenquellen den Hahn abdrehen!

Der Stadt Mönchengladbach entstehen im Sozialbereich nach dem SGB II und dem SGB XI Kosten von weit über 110.000.000,- im Jahr. Diese Bereiche gehören nicht zu den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, sondern werden über Bund und Land geregelt. Die Kommune hat in diesen Bereichen keine Möglichkeit steuernd einzuwirken. Deswegen werden diese Bereiche auch über den Finanzausgleich geregelt, dieser findet jedoch pauschalisiert statt und die Zuwendungen decken in der Realität nicht die Aufwendungen. Schon alleine die Kosten zur Unterbringung betragen 89.292.600,-

An dieser Stelle muss klar auf das Konnexitäts-Prinzip verwiesen werden: **Wer bestellt, muss auch bezahlen!**

Die Stadt Mönchengladbach kann darlegen, dass hier die Zuwendungen von Bund und Land nicht bedarfsdeckend sind. Somit findet hier ein Verstoß gegen das Grundgesetz statt.

Der kommunale Finanzausgleich muss zu einer Bedarfsfinanzierung werden, sollte das Land hier nicht Handlungswillig sein, muss über den Klageweg nachgedacht werden.

Dies wird DIE LINKE. MG in den Haushaltsberatungen beantragen.

Schulden dahin, wo sie herkommen!

In letzter Zeit mehren sich von Seiten der Bürgermeister in NRW die Forderungen in Richtung einer „notwendigen kommunalen Endschuldung“ und „Entlastung von Zinszahlungen“. Diesen Worten müssen nun aber auch Taten folgen.

Damit Zinszahlungen und die Tilgungen nicht weiter den kommunalen Haushalt belasten, und somit notwendige Investitionen verhindern, muss die Landesregierung einen zentralen Schuldenfond einrichten.

Weiter muss die Landesregierung bei der Landesbank einen zentralen Fond für Überbrückungskredite einrichten. Dadurch wird den Städten und Gemeinden eine Alternative zu riskanten Zinsgeschäften wie Swaps, Derivaten und Ähnlichem geboten.

Diesen Weg des „Schulden-Moratorium“ (aussetzen der Rückzahlungen) wird DIE LINKE. MG im Rat beantragen.

Neben dem Moratorium wäre auch eine Niederschlagung der Schulden finanziell darzustellen. Im Bundesdurchschnitt wurden die bisherigen kommunalen Kredite schon 4,1-mal zurückgezahlt, damit sind sie fiskalisch auch bezahlt.

Wehrhafte Städte!

Natürlich wird weder über den Bedarfsdeckenden kommunalen Finanzausgleich, noch über das „Schulden-Moratorium“ im Rat entschieden, aber der Druck auf das Land muss wachsen. Andere Städte haben diesen Weg schon eingeleitet. **Jetzt ist es höchste Zeit, dass sich auch Mönchengladbach nicht mehr alles gefallen lässt!**

